



**Koblenz – Magnet am Deutschen Eck:**  
Die Stadt zum Bleiben.

## Antrag

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AT/0085/2014		<b>Datum:</b>	19.09.2014	
<b>Verfasser:</b>	03-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	<b>Az:</b>			
<b>Gremienweg:</b>					
02.10.2014	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP                      öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
<b>Betreff:</b>	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen Runder Tisch zum Thema „Flüchtlingsarbeit in Koblenz,,				

### **Beschlussentwurf:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, einen „Runden Tisch“ zu organisieren, der sich mit den Herausforderungen der steigenden Flüchtlingszahlen beschäftigt. Zu diesem sollten alle Behörden und Wohlfahrtsverbände, der Beirat für Migration und Integration, Vertreter aller Fraktionen und der Religionsgemeinschaften, die Ortsbeiräte, Verbände der Wirtschaft wie IHK und HWK, Vermieterverbände und Wohnungsbaugesellschaften sowie VertreterInnen der Betroffenen eingeladen werden.

Der Vorsitz könnte bei Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein liegen.

### **Begründung:**

Vor dem Hintergrund der verschiedenen Konflikte in der Welt hat auch die Stadt Koblenz eine humanitäre Verantwortung und die gesetzliche Pflicht, zusätzlich Flüchtlinge aufzunehmen und für eine angemessene Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen zu sorgen.

Die steigenden Flüchtlingszahlen sind komplexe Herausforderungen, deren Lösung möglichst viel Expertenwissen braucht, damit die ankommenden Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden. Koblenz sollte sich auch hier als „Stadt zum Bleiben“ zeigen. Dabei müssen auch die Koblenzer Bürgerinnen und Bürger stark mit eingebunden werden, damit sich eine Willkommenskultur entwickeln kann.

Hier ist die Zivilgesellschaft gefordert: Es sollte ein klares Signal von Verwaltung und Politik an die Einwohner von Koblenz gehen.